

7. Fazit

Am Ende dieser Arbeit angelangt, soll dieser Abschnitt einen abschließenden Überblick vermitteln. Zunächst werden die Forschungsergebnisse prägnant zusammengefasst, anschließend wird der sich daraus ergebende Forschungsbedarf erörtert. Zu guter Letzt ordnet eine methodische Reflexion die Ergebnisse dieser Arbeit in ihren wissenschaftlichen Bezugsrahmen ein.

Alles in allem hat die objektiv-hermeneutische Sequenzanalyse im theoretischen Erkenntnisrahmen des amerikanischen Pragmatismus ermöglicht, aus den protokollierten Spuren sozialen Handelns, diejenigen Handlungsregeln herauszufinden, die die internationale Klimagerechtigkeitsagitationen der beiden Strukturen kollektiven Handelns, der EU und Chinas, maßgeblich leiten. Das Forschungsinteresse entstand vor dem Hintergrund, dass der IGH die genaue Ausgestaltung einer gerechten Verteilung der Klimaschutzpflichten den politischen Akteuren selbst überlässt und Wissenschaftler betonen, dass eine gemeinsame normative Grundlage dafür entscheidend ist. Eben jene gemeinsame normative Grundlage der EU und Chinas hat diese Arbeit im Hinblick auf ihr Verständnis von distributiver Klimagerechtigkeit untersucht.

Die Forschungsergebnisse legen nahe, dass beide sich – bis auf einige grundlegende Gemeinsamkeiten, an entgegengesetzten Polen des CBDR-RC-Prinzips befinden: China befürwortet ein vergangenheitsbezogenes Aufteilungsprinzip gemäß des PPP und plädiert für stark differenzierte Mitigationspflichten zugunsten der Entlastung von Entwicklungsländern. Die EU hingegen propagiert ein zukunftsgerichtetes Modell in Anlehnung an das ATPP, nimmt alle Vertragsstaaten des Pariser Abkommens in die

Pflicht und erkennt nur minimale Unterschiede zwischen wirtschaftlich stärkeren und schwächeren Parteien an. Auf dieser Basis ergeben sich mehrere Konfliktlinien: China verortet die Hauptverantwortung für Emissionsminderungen bei den historisch emissionsreichen Industriestaaten und möchte Entwicklungsländern nur minimal – zum Wohle ihrer wirtschaftlichen Entwicklung – mit entsprechenden Pflichten versehen.

Demgegenüber nimmt die EU neben den klassischen Industriestaaten insbesondere wirtschaftlich potente Schwellenländer (wie China eines ist) in die Pflicht. China sieht die zentrale Ungerechtigkeit im internationalen Klimaregime darin, dass historisch nicht verantwortliche Länder nun für einen von anderen verursachten Schaden mit dem Preis ihrer eigenen, ihnen zustehenden Entwicklung, bezahlen sollen; die EU andererseits befürchtet Trittbrettfahrerverhalten seitens wirtschaftlich schwächerer Länder zulasten der Anstrengungen leistungsfähigerer Staaten.

Hinzu kommt, dass China im Sinne einer dichotomischen Lastenverteilung argumentiert, während die EU eine fluidere Differenzierung favorisiert. China versucht mittels moralischer und wirtschaftlicher Gründe zu überzeugen, die EU wiederum begründet Klimapflichten unter dem Deckmantel der Objektivität mit bereits bestehenden völkerrechtlichen Normen, die Prozessgerechtigkeit bei der Entstehung dieser Normen offenbar nicht reflektierend.

Vor dem Hintergrund, dass sich diese Forschungsergebnisse weitestgehend in bisherige Erkenntnisse eingliedern, verdichtet sich der Eindruck, dass chinesische und europäische handlungsleitende Überzeugungen von einer fairen Distribution von Pflichten im Klimaschutz stark divergieren und die praktische, effektive Zusammenarbeit beider »*climate leader*« im Sinne der pragmatistischen Denkschule behindern können.

Aus diesem erstmals untersuchten Forschungsfeld ergibt sich ein klarer Bedarf für anschließende Forschung. Das kann dazu beitragen Hindernisse und Potenziale für die europäisch-chinesische Zusammenarbeit im globalen Klimaschutz zu identifizieren, sodass sie effektiver und sozialgerechter vonstatten gehen kann.

Zunächst wäre es im weiteren Forschungsprozess spannend, den Untersuchungsgegenstand anhand von zusätzlichen Protokollen sozialen Han-

delns in einer Gruppe zu rekonstruieren. Darüber hinaus wäre es von großem Interesse zu erforschen, wie das Verhältnis des chinesischen und des europäischen Klimagerechtigkeitsverständnisses von außenstehenden Akteuren wahrgenommen und beurteilt wird. Der Ausgangspunkt dieser Arbeit war es, die normativen Positionen der weltweit einflussreichsten »*climate leader*« hinsichtlich ihrer Vorstellung einer gerechten Verteilung der Klimalaisten zu untersuchen, da das Gutachten des IGH genau dies nicht hinreichend genug getan hat und die Verantwortung somit in die Hände der politischen Akteure gelegt hat. Nun, da die zentralen Konfliktlinien zwischen beiden Perspektiven klar geworden sind, wäre es außerdem interessant, ihren (messbaren) Einfluss auf die tatsächliche Kooperation beider Counterparts zu untersuchen: Haben die unterschiedlichen normativen Standpunkte tatsächlich einen Einfluss auf die faktische Verantwortungsübernahme Chinas und der EU im internationalen Klimaregime oder beschränken sie sich auf den diskursiven Raum und werden in der Praxis durch andere Logiken – etwa geopolitischen, sicherheitspolitischen, ökonomischen oder sogar ökologischen – verdrängt? Außerdem wäre es sinnvoll zu schauen, welchen Einfluss das, dieser Arbeit zugrundeliegende, Gutachten des IGH auf die staatliche Klimapraxis beider großen Akteure bisher ausgeübt hat – nun da es bereits ein Jahr rechtskräftig ist.

Unabhängig davon, in welche konkrete Richtung sich weitere Klimagerechtigkeitsforschung bewegt, bleibt es entscheidend, dass sie fortgeführt wird, die Klimapolitik der größten – aber auch kleinerer – Akteure der Welt begleitet und im wissenschaftlichen Rahmen kritisch kontrolliert. Nur so lässt sich verhindern, dass der Klimawandel und seine Konsequenzen angesichts anderer globaler Krisen aus dem Blick geraten.

Nachdem der inhaltliche Teil dieser Arbeit nun seinen Abschluss gefunden hat, soll der folgende Abschnitt das methodische Vorgehen nochmals kritisch reflektieren, um die Forschungsergebnisse im Lichte der ihr voranstehenden Untersuchung zu betrachten.

Grundsätzlich hat diese Arbeit das Ziel verfolgt, mittels des rekonstruktiv-interpretativen Verfahrens der Sequenzanalyse erstmals Antworten auf die Frage nach latenten Konfliktlinien zwischen dem europäischen und chinesischen Verständnis von distributiver Klimagerechtigkeit

zu finden. Dafür wurden zwei Ausschnitte aus den jeweiligen schriftlichen Stellungnahmen im IGH-Verfahren herangezogen und fallimmanent auf ihre handlungsleitenden Überzeugungen hin untersucht. Die analysierten (Sprech-)akte wurden gemäß des Forschungsinteresses im Vorhinein unter Vorgabe maximaler Kontrastierung ausgewählt, sodass die Konfliktlinien effektiv zum Vorschein kommen. Den Anforderungen dieser Arbeit geschuldet, unterlag der objektiv-hermeneutische Forschungsprozess einiger Limitationen: Zunächst konnte nur eine begrenzte Ausschnittsmenge der Stellungnahmen sequenziell untersucht werden, wodurch zwar eine hohe Tiefenschärfe, aber nur eine beschränkte Reichweite der Forschungsergebnisse erreicht wurde. Letztere fungieren somit hypothesengenerierend, nicht aber erschöpfend für die vollständigen Klimagerechtigkeitsperspektiven der EU und Chinas. Entgegengesetzt der idealtypischen Gruppenrekonstruktion, die für die objektiven Hermeneutik üblich ist, wurden zudem große Teile der (Sprech-)akte in Einzelarbeit interpretiert. Auf der einen Seite schwächt dies die intersubjektive Kontrolle und die Vielfalt der generierten Lesarten, auf der anderen Seite konnte sich dadurch ein konsequenter roter Faden bei den Lesarten behaupten, der durch mehrfaches Gegenlesen der eigenen Protokolle sowie der Erwägung von alternativen Sichtweisen abzumildern versucht wurde. Aus diesen Begrenzungen resultiert selbstverständlich, dass diese Arbeit sich der Fallibilität ihrer Ergebnisse bewusst ist und nur eine Variante zur Rekonstruktion der fraglichen latenten Handlungsregeln darstellt.

Im Hinblick auf die, für die Sequenzanalyse maßgeblichen, Leitprinzipien der Muße, der Aufrichtigkeits- und Sparsamkeitsregel, des Wörtlichkeitsprinzips sowie des Sequentialprinzips, lässt sich festhalten, dass sie im Rahmen dieser Arbeit weitestgehend beachtet wurden. Das Gebot, sich dem Fall mit »künstlicher Naivität« – also ohne Einbeziehung des Kontextwissens – zu nähern, wurde von einigen bewusst gesetzten Exkursen unterbrochen. Diese haben letztendlich der kontextadäquaten Interpretation der beiden (Sprech-)akte gedient und wurden durch entsprechende Hinweise gekennzeichnet. Dennoch haben diese Exkurse aus der reinen fallimmanenten Rekonstruktion einen maßgeblichen Einfluss auf die für plausibel gehaltenen Lesarten ausgeübt und die Deutungspluralität derselbigen eingeschränkt. Ebenso haben die persönlichen normativen

Standpunkte der Autorin sicherlich Einfluss auf den Weg der Rekonstruktion genommen. Durch explizite Kenntlichmachung dieser normativen Einschätzungen wurde versucht, diesem Problem entgegenzuwirken.

Insgesamt hat sich die zugrundeliegende objektiv-hermeneutische Sequenzanalyse als äußerst nützlich erwiesen, um die latenten handlungsleitenden Überzeugungen der EU und Chinas im Hinblick auf distributive Klimagerechtigkeit herauszuarbeiten. Gleichzeitig bleibt die Aussagekraft der Forschungsergebnisse durch die begrenzte Fallauswahl sowie die Durchführung der Sequenzanalysen durch eine Einzelperson eingeschränkt. Daher lassen sich besagte Forschungsergebnisse als gut begründete, intersubjektiv nachprüfbare Aufschlüsse verstehen, die durch ausführlichere, insbesondere gruppenbasierte Rekonstruktion, ausgebaut und im Zweifel korrigiert werden sollten.

